

# PRO ASYL

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft  
für Flüchtlinge e.V.

Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt  
Tel.: 069/230688, Fax: 069/230650  
E-Mail: [proasyl@proasyl.de](mailto:proasyl@proasyl.de)  
Homepage: [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

Flüchtlinge schützen



Arbeitskreis Asyl Nordrhein-Westfalen e.V.  
Ernst-Abbe-Weg 50 - 40589 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 77 93 607, Fax: (0211) 77 93 608  
E-Mail: [vorstand@ak-asyl-nrw.de](mailto:vorstand@ak-asyl-nrw.de)

FRN

Flüchtlingsrat NRW

Bullmannau 11, 45327 Essen  
Tel.: 0201/89908-0, Fax: 0201/89908-15  
E-Mail: [geschaeftsstelle@fluechtlingsrat-nrw.de](mailto:geschaeftsstelle@fluechtlingsrat-nrw.de)  
Homepage: [www.fluechtlingsrat-nrw.de](http://www.fluechtlingsrat-nrw.de)

## Presseerklärung 10. Juli 2002

### **Aktionen der Roma-Karawane für ein Bleiberecht gehen weiter PRO ASYL und nordrhein-westfälische Flüchtlingsorganisationen fordern von der Landesregierung: Keine Fakten schaffen durch Abschiebungen vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes**

Mehr als 650 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien machen weiterhin in Düsseldorf durch Aktionen auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam. Die sogenannte Roma-Karawane setzt ihre vor der letzten Innenministerkonferenz begonnenen Aktionen fort, mit denen sie in mehreren deutschen Großstädten ein Bleiberecht eingefordert hat.

PRO ASYL und die landesweiten Flüchtlingsorganisationen Nordrhein-Westfalens wenden sich heute an die Innenminister von Bund und Ländern mit der Forderung, die Anliegen der gegen die drohende Abschiebung Protestierenden ernst zu nehmen und nicht zuzulassen, dass durch Abschiebungen vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes Fakten geschaffen werden, die möglicherweise durch eine Anwendung der neuen Härtefallregelung künftig vermieden werden könnten.

„Roma und andere Minderheiten sind durch den Zerfall Jugoslawiens, das Aufleben des Nationalismus in den Nachfolgestaaten, die kriegerischen Auseinandersetzungen und die daraus resultierende Verelendung in eine verzweifelte Lage geraten. Wo sie nicht direkt verfolgt werden, werden sie noch mehr diskriminiert und ausgegrenzt als früher. Die nach Deutschland Geflüchteten brauchen nun – nach überwiegend langjährigem Aufenthalt – endlich eine Perspektive“, so Bernd Mesovic von PRO ASYL.

Die Flüchtlingsorganisationen kritisieren die „offenkundige Gerechtigkeitslücke“, die darin besteht, dass Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien trotz langjährigen Aufenthaltes in der Bundesrepublik die Bedingungen bisheriger Altfallregelungen nicht erfüllen konnten.

Die Beschlüsse der letzten Innenministerkonferenz werden der Lage der Roma aus dem Kosovo sowie aus Serbien und Montenegro nicht gerecht. Die IMK hatte am 6. Juni beschlossen davon auszugehen, dass die Voraussetzungen für eine zwangsweise Rückführung von Minderheitenangehörigen in das Kosovo – darunter Roma und Ashkali – noch in diesem Jahr gegeben sein werden. Der Beschluss wurde gefasst, obwohl die Berichte von UNHCR, UNMIK und vieler Nichtregierungsorganisationen darin übereinstimmen, dass Angehörige von Minderheiten dort keinen adäquaten Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Ar-

beit und Eigentum haben, zum Teil in militärisch geschützten Enklaven leben müssen und immer noch Opfer von Gewalttaten werden.

Roma aus Serbien und Montenegro sind von der jederzeitigen Abschiebung bedroht. Mehr noch: In einer Protokollnotiz zum Beschluss der IMK bitten die Bundesländer den Bundesinnenminister, beim Abschluss eines neuen Rückübernahmeabkommens mit Jugoslawien darauf hinzuwirken, dass in absehbarer Zeit auch nichtalbanische Minderheiten aus dem Kosovo in das übrige Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien zurückgeführt werden können. Roma, die niemals in Serbien oder Montenegro gelebt haben, würden sich dann mit einer Abschiebung dorthin konfrontiert sehen.

„Das Herumschieben der überall entrechteten, diskriminierten und zum Teil verfolgten Roma muss ein Ende haben“, mahnt Isabel Basterra vom Arbeitskreis Asyl NRW. Die Politik muss die Konsequenzen aus der Tatsache ziehen, dass die Sicherheitslage für Roma aus dem Kosovo auch mittelfristig Zwangsrückführungen nicht zulässt und eine veränderte Minderheitenpolitik in Serbien und Montenegro noch in den Kinderschuhen steckt. Der Demokratisierungsprozess in Serbien und Montenegro mit seinem erzwungenen Bekenntnis zu einem verbesserten Minderheitenschutz darf nicht durch Massenabschiebungen unmöglich gemacht werden. Im übrigen haben die Absichtserklärungen der jeweiligen Regierungen an der Lage der Minderheiten konkret kaum etwas geändert. Selbst der Lagebericht des Auswärtigen Amtes konstatiert für Serbien und Montenegro, dass die Pflege der Kultur, die Freizügigkeit, der Zugang zu Bildung, die freie Berufswahl und andere Rechte zwar nicht per Gesetz, aber doch de facto eingeschränkt sind. Das ist nichts anderes als die diplomatisch zurückhaltende Beschreibung extremer Diskriminierung, die eine Existenzsicherung unmöglich macht.

Die Lage der Roma in Serbien und Montenegro hat sich sogar, so UNHCR im April 2002, in den letzten 10 Jahren aufgrund der Sanktionen und des wirtschaftlichen Niedergangs verschlechtert. „Wer Roma jetzt nach Serbien und Montenegro abschiebt, nimmt sehenden Auges in Kauf, dass sie dort ohne jede Perspektive dastehen,“ kritisiert Irene Dulz für den Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen.

Angesichts von 230.000 Binnenflüchtlingen und vielen provisorisch untergebrachten Flüchtlingen aus Kroatien und Bosnien besteht selbst bei einer weiter verbesserten Minderheitenpolitik in diesen Staaten objektiv kaum eine Möglichkeit, rückkehrenden Roma eine Lebensperspektive zu eröffnen. Der Demokratisierungsprozess in Serbien und Montenegro mit seinem Bekenntnis zu einem verbesserten Minderheitenschutz darf nicht durch Abschiebungen unmöglich gemacht werden.

Isabel Basterra  
AK Asyl NRW

Irene Dulz  
Flüchtlingsrat NRW

Bernd Mesovic  
PRO ASYL